nicht eröffnet. Weshalb nicht? Nun, erfolgte hier eine Untersuchung, auch hier würde die Klassenjustiz bloßgestellt, deswegen erfolgt auch hier die Verschleppung und wird keine Verhandlung zugelassen.

Die Klassenjustiz will ihre Opfer festhalten.

Sie will weitere Klassenurteile, weitere Gefangenenquälereien, weiter Lockspitzel loslassen auf die arbeitenden Massen.

Deswegen gibt es nur eine Antwort auf dieses Urteil: verschärften Kampf um die Freilassung der politischen Gefangenen. Festen Zusammenschluß der arbeitenden Klasse zum Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaft.

Gestern verschanzte sich das Gericht hinter Polizeiknüppel und Pistolen. Doch der Zorn der arbeitenden Massen wird den Zeitpunkt der Abrechnung beschleunigt herbeiführen, den Zeitpunkt, wo Arbeiter über die Klassenrichter ein gerechtes Urteil sprechen werden. Jetzt aber muß millionenfach der Ruf ertönen:

Heraus mit den politischen Gefangenen!

Sie hacken sich kein Auge aus

Das vor dem Disziplinarsenat in Naumburg durchgeführte Disziplinarverfahren gegen die Richter Kölling und Hoffmann wurde am Sonnabend mit der Urteilsverkündung beendet. Kölling erhielt von seinen Kollegen einen „Verweis", Hoffmann soll in ein anderes Richteramt von gleichem Rang versetzt werden. Außerdem soll er 200 Mark Buße zahlen. Die Amtssuspension gegen Hoffmann ist aufgehoben worden, er darf also neuerdings willkürlich seine Opfer hinter Schloß und Riegel setzen.

Nach den Wünschen der bürgerlichen Gesellschaft, in der Hauptsache des reaktionären Justizapparates, soll dieses „Urteil" das Ende eines beispiellosen Skandals darstellen. Die Verhandlung selbst, wie auch die Verlesung der Urteilsgründe wurde unter Ausschluß der Oeffentlichkeit durchgeführt. Das allein schon ist bezeichnend dafür, wie sehr man sich hütet, die Oeffentlichkeit Einblick nehmen zu lassen in das Getriebe unserer Zuchthausfabriken. Das Urteil selbst bestätigt nur den Spruch: „Eine Krähe hackt der andern kein Auge aus." Für die Arbeiterschaft aber wird dieses Urteil nur ein erneuter Ansporn sein, mit allen Kräften die Beseitigung des gesamten bürgerlichen Gerichtswesens anzustreben.

Der Bürgerblock verlangt Vollmachten

Abwürgung der Anträge auf Aenderung des Aufwertungsgesetzes

Das Bürgerblockkabinett hat seinerzeit den Reichsjustizminister beauftragt, die vorliegenden Anträge auf Aenderung des Aufwertungsgesetzes und das vorliegende Aufwertungsvolksbegehren der Sparerverbände abzuwürgen. Herr Hergt ist dem Auftrage getreulich nachgekommen und hat nunmehr den interfraktionellen Ausschuß der Regierungsparteien einen „Entwurf" zur Aenderung des Aufwertungsgesetzes vorgelegt. Die nach Meinung des deutschnationalen Hergt vorzunehmenden Aenderungen sind, wenn wir schon den Namen Aenderungen auf sie anwenden wollen, keine Aenderungen im Interesse der Notleidenden, keine Aenderung im Sinne der gestellten 30 Anträge, sondern ausschließlich Aenderungen im Interesse des Finanzkapitals und des Hausbesitzes. Danach soll lediglich der Zinsendienst neu geregelt werden und statt mit der Eintragung in das Grundbuch soll die Zinienzahlung für aufgewertete Hypotheken bereits vom 1. Juni 1926 ab beginnen. Nach Herrn Hergt sollen der Regierung „Vollmachten" gegeben werden, auch auf dem Gebiet der Anleiheablösung von sich aus und ohne Befragung des Reichstages Einzelfragen im Interesse der Besitzenden auf dem Verordnungswege zu regeln.

Das ist alles, was die Bürgerblockregierung nach den Monaten fortwährender Notschreie aller durch die Aufwertung Geschädigten an Aenderungen im Aufwertungsgesetz vornehmen will. Alle Hoffnungen der Aufwertungsgeschädigten und Rentner, daß von den vorliegenden 30 Anträgen ein großer Teil angenommen und durch die Schaffung eines Abänderungsgesetzes wenigstens die schlimmsten Härten des Aufwertungsgesetzes beseitigt werden, sind nach der vorliegenden Erklärung des Herrn Hergt als gescheitert zu betrachten. Der Bürgerblock ist fest entschlossen, am Aufwertungsgesetz auch nicht ein Komma zu ändern und die gestellten 30 Anträge unter den Tisch zu wischen.

Das Bürgerblockkabinett ist entschlossen, in wahrhaft großzügiger Weise die Interessen der Wertätigen mit Füßen zu treten. Man will den Frieden innerhalb der Koalition nicht stören lassen und verlangt deshalb Vollmachten, um weiterhin hinter verschlossenen Türen nach den Wünschen der Junker und der Schwerindustrie handeln zu können.

Die neuerliche Ablehnung des Aufwertungsvolksbegehrens, das Unter-den-Tisch-Wischen der Anträge kommt nach der Annahme der Mietsteigerungen nicht überraschend. Aber überraschend wäre es, wenn jetzt nach all diesen Vorgängen der letzten Tage die werktätige Bevölkerung sich nicht endlich zu Abwehraktionen zusammenschließen würde, um geschlossen den Kampf gegen den alle Interessen der Arbeitenden schwer schädigenden Besitzbürgerblock aufzunehmen.

Der Bezirksparteitag der SPD Ostsachsen

Am Sonntag fand im Volkshaus Dresden-Ost der Bezirksparteitag der Sozialdemokratischen Partei Ostsachsen statt. Aus der sozialdemokratischen Presse erfährt man über diesen Parteitag sehr wenig. Als Vertreter des Parteivorstandes war Crispien erschienen, der nach der Volkszeitung die enge Verbindung zwischen Bezirk und Parteivorstand zum Ausdruck brachte. Von einer Opposition gegen die Politik des Parteivorstandes liest man in den Berichten des Bezirksparteitages nichts. Dieses Schweigen bestätigt nur, daß die SPD in Sachsen grundsätzlich die gleiche Arbeitsgemeinschaft und Koalitionspolitik verfolgt wie der Reichsparteivorstand, daß man in Ostsachsen nur wegen der besonderen Verhältnisse etwas radikalere Töne anschlägt. Die Gemeinsamkeit der Politik des Parteivorstandes und der Politik der sächsischen „Radikalen" zeigt sich auch in einem Antrag an den Reichsparteitag, in dem volle Selbständigkeit ohne Rücksicht auf die bürgerlichen Parteien gefordert wird, um für die Sozialdemokratie maßgebenden Einfluß in der Gesetzgebung vorzubereiten. Diese Formulierung bedeutet nichts anderes, als daß der ostsächsische Bezirksparteitag der SPD das Streben des sozialdemokratischen Parteivorstandes nach einer neuen Koalitionsregierung unterstützt. Genau so verschwommen und verwaschen ist ein Antrag, der zur Sachsenpolitik angenommen wurde, den Sturz des sächsischen Bürgerblocks und eine sozialistische Regierung fordert. Die Maßnahmen, die zu diesem Ergebnis führen sollen, verschweigt man, jedoch geht aus dem Antrag hervor, daß sie sich nur in einer lahmen parlamentarischen Opposition äußern werden. Der ganze Parteitag war, soweit man überhaupt etwas ersehen kann, auf die Verstärkung der parlamentarischen Illusionen der Arbeiter abgestellt, das geht auch aus dem Beschluß über die Gründung eines Wahlfonds hervor.

Die beschlossene Sonderbesteuerung besergestellter Mitglieder und ihre Ausdehnung auf das Jahr 1927 deutet den katastrophalen Rückgang der Sozialdemokratischen Partei an. Als Vorsitzende wurden wieder Arzt und Edel gewählt, jedoch wurden gegen Arzt diesmal 24 Stimmen von 75 abgegeben.

Der Völkerbund als Kriegsgefahr

Unsere Behauptung, daß der Völkerbund eine Steigerung der Kriegsgefahr bedeutet, ist von den Sozialdemokraten immer als ein Beweis kommunistischer Bosheit zurückgewiesen worden. Jetzt veröffentlicht die sozialdemokratische Chemnitzer Volksstimme einen Artikel, der zu den gleichen Ergebnissen kommt. Die Volksstimme schreibt:

„Völkerbund, Paneuropa (Alleuropa), Zollunion, Kontinentaleuropa — alles das sind nur verschiedene Namen für einen einzigen großen Sammelbegriff, den Weltimperialismus, der seine letzte und höchste Stufe zu erklimmen beginnt . . .

Auswärtige Aemter finanzieren pazifistische Organisationen, reaktionäre Parteien schlüpfen in das Gewand der Liga für Völkerbund . . . .

Ob Nationalstaat oder Staatenbund, der Sozialist muß wissen, daß der kapitalistischen Gesellschaft die **Unterdrückungstendenz und die Kriegsgefahr im Wesen eingeboren** und daß die Größenverhältnisse daran nur insoweit etwas ändern können, als die Zusammenstöße dementsprechend fürchterliche und die Wunden des Proletariats schmerzhafter werden . . . **Paneuropa auf dem Kriegspfad!** Was bedeutet das für uns? Das bedeutet: Abwehraktion des europäischen Proletariats auf der ganzen Linie, bedeutet Eroberung der Macht, wo immer wir zur Macht gelangen können, bedeutet schärfstes Mißtrauen gegen den Völkerbund und seine Spielarten, bis ein wahrer Völkerbund daraus geworden ist."

Wir sehen davon ab, daß die Chemnitzer Volksstimme sich in allerlei Unklarheiten über das Wesen des Imperialismus, über seine Begleiterscheinungen und über die Methoden des Kampfes gegen den Imperialismus befindet. Aber soweit reicht selbst die Erkenntnis der Volksstimme aus, daß sie den Völkerbund nicht, wie die SPD behauptet, als Friedensinstrument, sondern als Kriegsinstrument bezeichnet. Sie belegt es durch den Nachweis, daß zu den Paneuropäern der Großindustrielle Rechberg gehört, der in deutschen und französischen Zeitungen zum Kriege gegen Sowjetrußland hetzt:

„Während die Pazifisten von Frieden und Abrüstung träumten, entwickelte der deutsche Großkapitalist Rechberg in französischen Zeitungen bereits den Plan einer Militärunion und eines gemeinsamen Generalstabs." (Chemn. Volksstimme)

Die Volksstimme verhöhnt auch die sozialistisch gefärbten Kontinentaleuropäer unter der Führung des Sozialdemokraten Quessel, der durch seine pazifistische Ideologie die Arbeiterschaft über die Kriegsgefahr zu täuschen sucht.

Wenn der Vorwärts wieder einmal unser Urteil über den Völkerbund als Ausfluß russisch-imperialistischer Tendenzen bezeichnen sollte, dann werden wir ihm die Aeußerung der sozialdemokratischen Volksstimme entgegenhalten.

England — der Urheber der deutschen Revolution

Bisher hieß es immer, daß russisches Geld die deutsche Revolution finanziert habe. Der Völkische Beobachter hat zur Abwechslung ein paar Mal behauptet, daß englisches Geld die treibende Kraft gewesen sei. Der Redakteur dieses Blattes, ein Deutsch-Balte Rosenberg, stand deshalb am Montag vor einem Berliner Gericht, um sich als Angeklagter wegen der Beleidigung zu verantworten, daß Paul Levi als englischer Spion tätig gewesen sei und dafür Geld bekommen habe. Der „völkische" Rosenberg benannte als Hauptzeugen das frühere KAPD-Mitglied Wolffheim. Aber Wolffheim, der den Eid in religiöser Form leistete, bestritt entschieden, daß Levi von England bestochen sein könne. Wolffheim behauptete dagegen, daß der englische Nachrichtendienst im November 1918 dem Arbeiter- und Soldatenrat in Hamburg durch Mittelsleute Geld zur Verfügung gestellt, dann es aber wieder zurückgefordert habe. Levi habe nichts anderes getan, als dieses Geld, das ihm ein Parteigenosse überbrachte, in deutsche Valuta umzuwechseln. Der angeklagte Rosenberg selbst versuchte gar nicht erst den Nachweis für die Richtigkeit seiner ursprünglichen Behauptung zu erbringen. Er wurde vom Gericht zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt.

Der lettische Staatspräsident gestorben

Riga, 15. März. (Eig. Drahtmeldung.) Der Staatspräsident von Lettland, Tschakste, ist gestern abend an einem Herzschlag gestorben. Er gehörte der Demokratischen Partei an und wurde 1918 zum Vorsitzenden des lettischen Volksrates gewählt.

Uebergang der chinesischen Flotte zur Kantonarmee

Schanghai. Die in Hulun unter Admiral Jang stationierte Flotte, vier kleine Kreuzer sowie mehrere Kanonen- und Torpedoboote, ist zur Kantonarmee übergegangen. Die Streikbewegung in Schanghai hält sich in normalen Grenzen.

Die auf Nanking marschierende Kantonarmee hat in den letzten Tagen große Fortschritte gemacht. Mit der Einnahme Nankings ist in den letzten Tagen zu rechnen. Gleichzeitig mit dem Fall Nankings dürfte auch der Einzug der Kantonesen in Schanghai erfolgen.

In den internationalen Siedlungen Schanghais befürchtet man, daß mit der kantonesischen Regierung trotz des großen englischen Expeditionskorps ein ähnliches Uebereinkommen wie in Hankau abgeschlossen werden müsse.

Vor der Einnahme Nankings

Berlin, 15. März. (Eig. Drahtmeldung.) Wie die Kölnische Fahne meldet, erwartet man nach den neuesten Berichten aus Schanghai, daß Nanking spätestens in drei Tagen in den Besitz der Kantontruppen sein wird. Die Kantontruppen sind bis auf 30 Meilen gegen Nanking vorgedrungen. Marschall Sun soll sich noch in Nanking befinden.

Nach den bisher vorliegenden Meldungen über den Verlauf der Tagung der Exekutive der Kuomintangpartei hat der linke Flügel den Sieg davon getragen, jedoch sind die Meldungen darüber noch unbestimmt.

Vom Tage

Proletarier-Los

Bautz, 14. März. Am Freitag nachmittag geriet in einem Steinbruch in Oberkaina der Arbeiter Gerhardt Schulze aus Großpostwitz beim Anhängen eines Anhängers an den Lastkraftwagen zwischen beide Wagen. Es wurde ihm der Brustkorb eingedrückt. Er starb bald nach seiner Unterbringung im Krankenhause.

Bluttat in Dessau

Dessau, 14. März. Gestern abend verletzte hier ein Polizeischutzbeamter seine Geliebte, eine geschiedene Lehrersgattin, durch einen Revolverschuß tödlich. Als der Bruder der Verwundeten, der sich in der Nähe aufhielt, den flüchtigen Täter verfolgte, feuerte dieser auch auf ihn und verletzte ihn am Oberschenkel durch einen Schuß schwer. Die Polizei, die daraufhin die Verfolgung des Mörders aufnahm, entdeckte ihn gegen Mitternacht in einem Bierkeller. Das Motiv zur Tat soll in Eifersucht zu suchen sein.

Ein Großfeuer an der Murman-Bahn

Riga, 14. März. Nach Meldungen aus Leningrad wütete auf der Station Swanka der Murman-Bahn zwei Tage lang ein Brand, dem 6 Werkstätten und 46 Güterwagen zum Opfer gefallen sind. Auch Menschenopfer sind zu beklagen.

Das Gesetz, das man drehen und wenden kann

Ueber den Hochverratsparagraphen

Von Fritz Reuter.

Vorbemerkung: Wir wollen den deutschen Richtern und Staatsanwälten unnötige Mühe sparen und verhindern, daß einer, wie nach Heinrich Heine, auch nach Fritz Reuter fahndet. Der lebt nicht mehr, nur noch in seinen Werken, wenn auch schon ziemlich vergessen. Wir wollen ihn aber erwähnen in der Zeit, wo wir der Märzen gedenken. Er war kein bewußter Revolutionär, gewiß nicht, wenigstens nicht in vollem Umfange. Aber als Burschenschafter wurde er in die Vormärzbewegung hineingezogen. Die Burschenschaften erstrebten, als die Vertreter der kapitalistischen Staaten, gegen die Feudalisten ein einiges und freies Deutschland.

Bei der Verfolgung der Burschenschafter wurde auch Reuter am 31. Oktober 1863 mit verhaftet. Beim Verhör legte er sein Glaubensbekenntnis wie folgt ab:

„Mein politisches Glaubensbekenntnis ist so einfach gewesen, daß ich alle Verdachtsgründe, die etwa seit dem Augenblick meiner Entfernung aus Jena bis zu meiner Verhaftung allhier aufgestellt werden könnten, dadurch zu widerlegen imstande bin.

In der Verbindung nämlich dachte ich zuerst ziemlich wenig oder gar nicht an Politik, bis der weitere Verlauf der polnischen Revolution mir eine Veranlassung dazu wurde. **Ich mußte ein Volk bewundern, das sich aus eigenem Kraftgefühl gegen Unterdrückung erhoben hatte,** und erkennen, daß die Nationalität des Volkes sich wieder glänzend zeigte; deshalb feierte ich das „Erinnerungsfest" aus voller Ueberzeugung mit und kann nicht leugnen, daß ich, als später einige polnische Flüchtlinge nach Jena zogen, diesen mein volles Mitleid und Bedauern für ihre unglückliche, gute Sache geschenkt habe; dies hat mich zwar zum Wunsch deren besseren Ergehens gebracht, keineswegs aber die Idee bei mir erregt, Revolution zum Umsturz unserer Regierung erzeugen zu helfen; dies habe ich nie gedacht, und wenn gar einmal im Kränzchen davon die Rede war, so entwickelte ich meine Idee zu einer hoffenden Repräsentativ- oder konstitutionellen Verfassung in Deutschland. Mit dieser Idee ausgerüstet, hielt ich mich von allen revolutionären Meinungen völlig fern."

Trotz dieses Bekenntnisses wurde Reuter festgehalten und ihm und anderen Mitgefangenen am 28. Januar 1837 ein vom 11. August 1836 datiertes Urteil mitgeteilt. Das Urteil sagte, daß der Stud. jur. Reuter und mit ihm seine Kommilitonen wegen seiner Teilnahme an hochverräterischen, burschenschaftlichen Verbindungen in Jena und wegen Majestätsbeleidigung mit der Konfiskation seines Vermögens zu bestrafen und mit dem Beile vom Leben zum Tode zu bringen sei.

Als man dieses Urteil mitgeteilt hatte, teilte man dann auch mit, daß der König im „Gnadenwege" diese Strafe in 30 Jahre Festungshaft umgewandelt. Bis zum 8. September 1840 wurde dann Reuter durch die Festungsgefängnisse geschleift, erst dann erfolgte seine Freilassung.

Wir sehen, die Objektivität der Justiz und die Humanität der herrschenden Klasse sind zu allen Zeiten gleich ausgezeichnet.

Zu dieser Objektivität nimmt Reuter dann später in seinem Buch „Ut mine Festungstid" Stellung.

Dort schildert er eine Unterredung, die er mit einem Justizrat hatte, über die bevorstehende Hinrichtung eines sich im gleichen Gefängnis befindlichen Mörders. Dort schreibt Fritz Reuter:

„Lieber Freund," säd späderhen de Herr Justizrat Schröder [1]) tau mi, as ik em de Sak vertellte un dese Frag' vorlä[2]), „nichts einfacher als dies: der König hat Sie begnadigt, ihn nicht."

„„Rich begnadigt,"" säd ik. „„Kraft oberstrichterliche Gewalt hett hei de Straf in 'ne Festungshaf veränneert; un wo bliwwt denn dat Richteramt, wenn 't mit de Gewalt tausamstellt ward?""

„Nun, glauben Sie doch nicht," säd hei, „daß der König von Preußen wegen solcher Bagatelle hundert junge Leute hinrichten lassen werde?"

„„Worüm nich; eool umhwy 67890 UMLHW JSRP von England oder en russischer Peter[3]) oder blot man so'n Niklas[4]) un so'n verrückten Karl von Brunswik[5]) up den preußischen Thron seten hadd — worüm nich?""

„Gegen so einen Mißbrauch der Todesstrafe schützt uns die Humanität der Regierung und der Zeit. Todesstrafe muß sein; die menschliche Gesellschaft muß die Gewalt haben, sich der Bestien aus ihrer Mitte zu entledigen."

„„Dank för't Kumpelment[6])"" segg ik. „„Aewer, Herr Justizrat, Humanität is up Stun's nichs wider, as en falschen Gröschen; blot de Gaudmändigen[7]) un de Dummen nemen em; äwer de em utgewen un dormit tau Mark trecken, de häud'n[8]) sik. — Un wat de Dötsstraf un ehre Nützlichkeit anbedrapen deiht[9]), so wünscht ik, Sei wiren mal mit dese Weig' weigt[10]); möglich, dat Sei denn de Ogen upgüngen.""

„Sie haben sich nicht zu beschweren, denn das Gesetz sagt ausdrücklich: Conat des Hochverrats wird bestraft wie der Hochverrat selbst. Nach Ihrer eigenen Aussage ist der konstatierte Zweck Ihrer Verbindung gewesen: „Herbeiführung eines auf Volksfreiheit und Volkseinheit gegründeten deutschen Staatslebens"; dies hat man richterlicherseits für einen Conat des Hochverrats angesehen; ob mit Recht oder Unrecht, lasse ich dahingestellt (Notabene, dit was nah 1848); aber das Gesetz ist salviert."

„Na, Herr Justizrat, denn will ik Sei wat seggen, denn heit dat Gesetz un de Humanität jik gegensidig tau'm Narren[11]); entweder dat Gesetz möt de Humanität abschaffen, oder de Humanität dat Gesetz. — So, as ik dat herutstellt hett, was 't en Puppenspill[12]), en grausames Puppenspill! — Nich so sihr grausam gegen uns, as gegen uns' ollen Oellern, un vel Minschenglück is dormit tau Grun richt't. Ik bün en Gegner von de Dodsstraf, un wer will mi 't verdenken? Wer in 't Water sollen un binah[13]) dorin verdrunken[14]) is, mag 't Water nich recht liden; un nich ik allein, ne, en jeder kann in 't Water fallen. — Ik hebw mal en tweisnidiges Mez[15]) seihn, womit en Wahnsinnige en Minschen ümbrocht hadd; mi grugte[16]) vör dat Mez, un eben so grugt mi ok vör en tweisnidig Gesetz, wat einer dreihn[17]) un wennen kann, as en natten Hanschen, tauma[18]) wenn dit Gesetz in de Hand von einen Wahnsinnigen gewen ward. Un de sogenannte Referent in uns' Sak, de Herr von Tschoppe, de ut de Akten den gruglichen Hochverrats-Conat rute dreielt hadd, was wahnsinnig un stürw[19]) ok as en Wahnsinnige. Den hadden Sei tau rechter Tid inspunnen sullt, denn wiren Dusende von Familien vör unnütz Elend un Angst bewahrt blewen. — Un wat hadden wi denn dahn? —

Nichs, gor nichs. Blot in uns' Versammlungen un unter vier Ogen hadden wi von Ding' red't, de jetzt up op'ne Straat fri utschrigt[20]) warden, von Dütschlands Fribett un Einigkeit, äwer tau'm Handeln wiren wi tau swack, tau'm Schriwen tau dumm, dorüm folgten wi de olle dütsche Mod', wi red't en blot doräwer. Dat was so äwer ok naug tö'n gerichtlichen Unnersäukungsrichter[20]), as uns' Onkel Dambach was, de grad in sine beste Karriere was un nu doch nich slüppen laten[21]) kunn. So würd denn nu also ut en frien, fröhlichen Sunnenpunt ein Dunnerslag[22]) mak, un dat Dodesurtel würd spraken, ahn alle Entscheidungsgrün'n, denn, obschonst sei uns versproken, sei nahtauliwern[23]), sünd sei in de Hor drogt[24]), un wi hewwen s' meindag' nich tau seihn kregen. Stats[25]) dessen wiren de Dicknäsigen, de dunn an 't Räuder[26]) seten, hellschen parat, allerlei gefährliche Geschichten von Demagogen un Königsmördern in Umlop tau bringen — un doch — Gott vergew 't ehr! — sei wüßten am besten, dat allens utgestunkene Lüg[27]) wir. Verteidiger kunnen wi uns nich wählen, de würden uns set't; min, de mi fast versprok, dat ik min Vaderland, Mecklenborg, müßt utliwerzt warden, hett mi up keinen Breif, den ik an em schrewen hebw, antwurt't. — Nem'n S' nich äwel, Herr Justizrat, ik bün en beten von 't Hunnert in 't Dusend geraden; äwer wenn ik an de Nützlichkeit von de Dodsstraf un denn weddr an de Humanität denk, de mi von Gerichts wegen tauflaten[28]) is, denn bümt[29]) sik in mi so allerlei up un stört min Gedanken as Kohl un Räuben[30]) dörchenanner."

[1]) Ludwig Schröder zu Treptow; vgl. über ihn in Wort und Bild Gaedertz „Aus Reuters jungen und alten Tagen", I, S. 36 ff., u. öfter; [2]) vorlegte; [3]) Peter; [4]) Nikolaus; [5]) Karl von Braunschweig; [6]) Kompliment; [7]) Gutmütigen; [8]) hielten; [9]) anbetrifft; [10]) Wiege gewiegt; [11]) Narren; [12]) Spiel; [13]) beinahe; [14]) ertrunken; [15]) Messer; [16]) grauselte; [17]) drehen; [18]) stark; [19]) ausgeschrien; [20]) Untersuchungsrichter; [21]) schlüpfen, nachlassen; [22]) durch Sehen in Sonne erzeugtem Riesen ein Donnerschlag; [23]) versprachen sie nachzuliefern; [24]) in die Haare getrocknet; [25]) statt; [26]) am Ruder; [27]) Lüge, d. h. vergessen; [28]) zugeflossen; [29]) bäumt; [30]) als Kohl und Rüben.